



Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer

Die Initiative verlangt, dass Kriegsmaterial nur noch in demokratische Staaten exportiert werden darf. Darüber hinaus sollen keine Waffen mehr an Staaten verkauft werden, in denen Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden. Ausnahmen soll es keine mehr geben. Die entsprechenden Kriterien sollen auf Verfassungsstufe gehoben werden. Heute sind die Exportkriterien in der Kriegsmaterialverordnung festgehalten. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat dürfte die Volksinitiative "Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrekturinitiative)" ablehnen. Dies hat sich am Montag, am ersten Tag der Debatte, gezeigt. Ausserdem dürfte es beim Gegenvorschlag keine Mehrheit für die Version des Ständerats geben, der keine Ausnahmeklausel bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten erlauben will. Nur unter der Voraussetzung, dass sich die Version des Ständerats durchsetzt, sind die Initianten jedoch bereit, das Volksbegehren zurückzuziehen. Die Debatte wird am Mittwoch fortgesetzt. Über das Resultat dieser Debatte wird auf Seite 2 berichtet.

Corona-Zwangstest

Ausreisepflichtige sollen zu einem Covid-Test gezwungen werden können, wenn der Test für die Wegweisung, die Ausweisung oder die Rückführung notwendig ist. Der Nationalrat hat am Dienstag der Einführung solcher Zwangstests deutlich mit 120 zu 65 Stimmen zugestimmt. Minderheitsanträge von Links-Grün, nicht auf das Geschäft einzutreten, die Gesetzesänderung nicht als dringlich zu erklären oder auf Hals-Nasen-Abstriche zu verzichten, wurden deutlich abgelehnt. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Bundesanwaltschaft

Die Altersgrenze für Bundesanwältinnen und Bundesanwälte soll per Anfang 2022 auf 68 Jahre erhöht werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Alterserhöhung zugestimmt. Nach geltendem Recht müssen Bundesanwälte oder Bundesanwältinnen sowie ihre Stellvertreter am Ende des 64. oder 65. Altersjahrs aus dem Amt ausscheiden. Eidgenössische Richterinnen und Richter können hingegen bis 68 Jahre im Amt bleiben. In der Bundesverwaltung ist eine "Verlängerung" bis 70 Jahre möglich. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

E-Ausweise (E-ID)

Der Bundesrat soll möglichst rasch einen neuen Anlauf nehmen für eine E-ID. Der Nationalrat hat sechs gleichlautende Vorstösse aus allen Fraktionen mit 145 zu 39 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Widerstand kam aus der SVP. Die Formulierung sei zu restriktiv, sagte der Walliser Jean-Luc Addor. Man müsse nicht alles dem Staat überlassen. Beim Bundesrat hingegen werden offene Türen eingerannt. Auch die Regierung möchte so rasch wie möglich einen neuen Vorschlag unterbreiten, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter. Die Motionen gehen nun in den Ständerat.

UNO-Migrationspakt

Das Parlament wird den Beitritt zum Uno-Migrationspakt frühestens in einem Jahr beraten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diesem Aufschub zugestimmt - gegen den Willen von SP, Grünen und Grünliberalen. Eine Mehrheit des Rats war der Meinung, dass zuerst die Ergebnisse der Subkommission "Soft Law" abgewartet werden sollten, bevor mit einer materiellen Beratung begonnen wird. Die Subkommission prüft unter anderem, ob die Mitwirkungspflichten des Parlaments im Bereich "Soft Law" ausgeweitet werden sollen. Unterzeichnen wollte der Bundesrat den Pakt eigentlich schon 2018.



Schweiz – China

Der Menschenrechtsdialog mit China soll konkretisiert und systematisch geführt werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion seiner Aussenpolitischen Kommission mit 106 zu 81 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, die Ziele und Massnahmen der China-Strategie zu den Menschenrechten zu konkretisieren. Etwa soll das Personal vor Ort aufgestockt werden. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Schweiz – Taiwan

Der Bundesrat muss prüfen, wie er die Beziehungen der Schweiz zu Taiwan im Interesse von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur verbessern kann. Der Nationalrat stimmte einem entsprechenden Postulat mit 129 zu 43 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. In der vorbereitenden Kommission sei befürchtet worden, dass dadurch die chinesische Regierung verärgert werden könnte, wie Kommissionssprecher Hans-Peter Portmann (FDP/ZH) sagte. Die Mehrheit der Kommission bestreite die Ein-China-Politik nicht. Aber China sei weltweit ein Sonderfall und habe verschiedenste Regionen, die einen souveränen Sonderstatus geniessen. Hier gelte es, einen Spagat zu machen. Der Bundesrat lehnte das Anliegen ab. Es bestehe keine Basis für politische Beziehungen auf Regierungsebene, welche vertieft werden könnten. Zudem bestünden schon heute verschiedene Austausche, etwa auf akademischer Ebene.

Atomwaffenverbots-Vertrag

Der Nationalrat erhöht bei der Ratifikation des Atomwaffenverbotsvertrags den Druck auf den Bundesrat. Er hat stillschweigend ein Postulat überwiesen, das verlangt, die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung zu prüfen. Der Bundesrat zeigte sich mit Antrag einverstanden. Das Parlament forderte den Bundesrat bereits im Dezember 2018 mit einer Motion auf, den Vertrag so rasch wie möglich zu unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Dies ist jedoch bislang nicht geschehen. Das Postulat geht an den Bundesrat.

Stiftungen

Das Parlament modernisiert das Stiftungsrecht. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat punktuellen Änderungen zugestimmt. Mit der "Mini-Modernisierung" sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen verbessert und der Stiftungsstandort Schweiz gestärkt werden. Der Nationalrat stimmte den Änderungen mit 188 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Es handle sich um eine sinnvolle "Mini-Modernisierung", die keine Probleme schaffe und zu einer Verbesserung für die in der Schweiz wichtigen Stiftungen führe, hiess es im Rat. In der Schweiz gibt es demnach über 13'000 Stiftungen, die rund 100 Milliarden Franken verwalten. Über das Geschäft muss noch einmal der Ständerat befinden, weil der Nationalrat etwa den Kreis der Beschwerdelegitimierten erweitert hat.

Korrekturinitiative

Der Bundesrat soll nicht länger die Kompetenz haben, Kriegsmaterial-Exporte autonom zu genehmigen. Der Nationalrat ist am Mittwoch dem Ständerat gefolgt und hat eine entsprechende Regelung im Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrekturinitiative)" gestrichen. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 96 zu 91 Stimmen bei 6 Enthaltungen. In der Gesamtabstimmung wurde der Gegenvorschlag in der grossen Kammer mit 110 zu 76 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen. Die Initianten haben daraufhin mitgeteilt, ihre Volksinitiative zurückzuziehen, da ihre Anliegen erfüllt seien. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.



Industriezölle

Die Industriezölle in der Schweiz werden abgeschafft. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zugestimmt, im zweiten Anlauf. Zu reden gab in der grossen Kammer, ob die Abschaffung der Zölle mit Rücksicht auf die Bundesfinanzen gestaffelt erfolgen sollte. Die Etappierung wurde schliesslich mit Stichentscheid von Ratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) abgelehnt. Der Nationalrat verabschiedete die Vorlage mit 106 zu 75 Stimmen und bei 15 Enthaltungen - vor allem aus der Mitte-Fraktion. Mit Nein stimmten SP und Grüne und eine Minderheit der Mitte. Der Nationalrat behandelte die Vorlage zum zweiten Mal. Im Juni 2020 war er nicht darauf eingetreten. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

Zucker

Die Zuckerproduktion in der Schweiz wird mit gesetzlichen Massnahmen gestützt. Der Nationalrat hat eine Vorlage, die einen Mindestgrenzschutz von 70 Franken pro Tonne sowie finanzielle Beiträge an Rübenbauern bis 2026 im Gesetz verankert, für die Schlussabstimmung bereit gemacht. Zuletzt war noch offen, ob nicht nur die Einzelkulturbeiträge, sondern auch der Mindestgrenzschutz bis 2026 befristet sein soll. Der Nationalrat schloss sich in diesem Punkt nun dem Ständerat an. Die Befristung mache angesichts der Entwicklung im Zuckermarkt Sinn, sagte Kilian Baumann (Grüne/BE) namens der Kommission. Den Zollschutz und die Einzelkulturbeiträge gibt es bereits. Sie sind auf Verordnungsstufe geregelt und gelten bis Ende Jahr.

Tourismus

Das Parlament will die Sanierung von Hotels und Herbergen in den Bergen für eine begrenzte Zeit staatlich unterstützen. Der Nationalrat hat dem Bundesrat einen Vorstoss von Ständerat Hans Stöckli (SP/BE) überwiesen, der befristetes ein Impulsprogramm verlangt. Der Bund soll demnach die Sanierung von alpinen Beherbergungsbetrieben unterstützen. Eine Voraussetzung ist, dass die Betriebe einen realistischen Businessplan vorlegen. Der Bundesrat und auch eine Minderheit im Rat lehnten die Motion ab. Sprecher Thomas Aeschi (SVP/ZG) erinnerte an das Recovery-Programm im Umfang von 60 Millionen Franken für die Tourismusbranche, das der Bundesrat Anfang September vorlegte.

Gesamtarbeitsverträge

Der Nationalrat möchte, dass die paritätischen Kommissionen der für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge verpflichtet werden, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen. Er hat mit 118 zu 65 Stimmen und bei 1 Enthaltung einer entsprechenden Motion zugestimmt. Die Aufsichtsbehörde über die paritätischen Kommissionen, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), könne die Eidgenössische Finanzkontrolle oder andere Sachverständige mit der Finanzprüfung beauftragen, steht im Motionstext. Eingereicht hat die Motion die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N). Das Geschäft geht an den Ständerat.

Regionalität

Der Nationalrat will den Bundesrat beauftragen, Massnahmen auszuarbeiten, die den regionalen Verkauf von nachhaltig produzierten Produkten aus der Schweiz fördern. Damit soll die Marktposition dieser Schweizer Produkte gegenüber importierten, weniger nachhaltig produzierten Lebensmitteln gestärkt werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann (ZH) mit 163 zu 15 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Vorstoss geht an den Ständerat.



Parlament zwingt Netflix & Co. zu Investitionen in Schweizer Filmproduktion

Streaming-Anbieter wie Netflix, Amazon oder Disney müssen künftig 4 Prozent ihres Schweizer Umsatzes in Schweizer Filmproduktionen investieren. Der Nationalrat ist am Donnerstag dem Vorschlag von Bundesrat und Ständerat gefolgt. Minderheitsanträge aus der FDP und der SVP, die Investitionspflicht ganz zu streichen oder auf 2 Prozent zu reduzieren, wurden deutlich abgelehnt. Je nach Ausgestaltung des Gesetzes dürften so rund 30 Millionen Franken zusätzlich in das Schweizer Filmschaffen investiert werden. Das Geschäft geht zur Bereinigung zurück an den Ständerat.

Tabakprodukte

Das neue Tabakproduktegesetz ist auf der Zielgeraden. Nach jeweils zwei Beratungsrunden haben sich die Räte in den Kernpunkten gefunden. Nur wenige Punkte bleiben offen. Beispielsweise will der Nationalrat Zutaten in Tabakprodukten verbieten, die das Abhängigkeitspotenzial erhöhen oder die Inhalation erleichtern. Der Ständerat wollte bisher nichts von einem solchen Verbot von Menthol-Zigaretten wissen. Laut dem Nationalrat soll zudem die Verwendung von E-Zigaretten in bestimmten Zonen spezialisierter Verkaufsgeschäfte zugelassen sein. Der Ständerat will diese Ausnahme im Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen streichen. Für die Urheber der Tabakwerbeverbotsinitiative geht die Revision so oder so zu wenig weit. Deshalb wird das Volk das letzte Wort haben.

Epidemiengesetz

Der Nationalrat fordert eine rasche Revision des Epidemiengesetzes. Er hat eine entsprechende Motion seiner Gesundheitskommission stillschweigend angenommen. Stimmt auch der Ständerat zu, wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zu unterbreiten. Dabei sollen die Erkenntnisse der Corona-Pandemie einfließen. Der Bundesrat ist mit dem Anliegen grundsätzlich einverstanden, gibt aber zu bedenken, dass es wahrscheinlich Ende 2023 werde, bis eine entsprechende Gesetzesrevision vorliege.

Lebensmittel

Lebensmittel, die im Ausland hergestellt oder zubereitet wurden, sollen mit der eindeutigen Deklaration des Herkunftslandes gekennzeichnet werden. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat eine entsprechende Motion von Jacques Nicolet (SVP/VD) angenommen - gegen den Willen des Bundesrats. Nach Ansicht von Innenminister Alain Berset bietet das geltende Schweizer Recht genügend Möglichkeiten, die Schweizer Herkunft von Lebensmitteln hervorzuheben. Eine Mehrheit im Nationalrat sieht dagegen Handlungsbedarf bei der Deklaration von Back- und Fleischwaren sowie verschiedener Milchprodukte. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Krankenkassen

Die Kantone sollen wie früher das Recht erhalten, auf die Buchhaltungsdaten zuzugreifen, die der Prämienberechnung der Krankenversicherer zugrunde liegen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion angenommen - gegen den Willen des Bundesrats. Die Mehrheit machte geltend, es sei nicht nachvollziehbar, wieso die Kantone nicht sämtliche Informationen erhalten können, die dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) zur Verfügung stehen, wenn es die Prämien genehmigt. Mehr Transparenz sei gerade angesichts der hohen Prämienlast wesentlich.



Gesundheit

Der Bundesrat muss in einem Bericht darlegen, wie es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer steht. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat von Baptiste Hurni (SP/NE) angenommen - gegen den Willen der SVP- und der FDP-Fraktion. Hurni begründete seinen Vorstoss mit der Corona-Pandemie, die sich "sehr negativ auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung ausgewirkt" habe. Die SVP erachtete den Bericht überflüssig. Der psychische Zustand der Bevölkerung werde sich nach der Pandemie wieder rasch erholen, zeigte sich Therese Schläpfer (SVP/ZH) überzeugt. Ein Bericht dazu sei deshalb überflüssig.

Spitalwahl

Der Bundesrat muss in einem Bericht aufzeigen, wie die Hürden, welche die freie Spitalwahl beeinträchtigen, beseitigt werden können und wie ein gewisser Wettbewerb zwischen den Listenspitälern der Kantone gewährleistet werden kann. Diesen Auftrag hat er vom Nationalrat erhalten. Die grosse Kammer nahm ein entsprechendes Postulat ihrer Gesundheitskommission an. Der Bundesrat ist bereits dabei, die gesetzlichen Grundlagen der erweiterten Spitalwahl anzupassen. Er wollte zuerst diese Arbeiten abwarten, bevor ein neuer Bericht erstellt wird.

Medizin

Der Bund soll den volkswirtschaftlichen Nutzen der Kinder- und Jugendmedizin evaluieren. Das fordert der Nationalrat mit einer angenommenen Motion von Verena Herzog (SVP/TG). Der Vorstoss verlangt weiter, dass der Bund die Kantone beim Festlegen von Massnahmen unterstützen soll, um die Unterversorgung mittelfristig abzubauen und langfristig zu verhindern. Der Bundesrat ist gegen die Motion, weil diese aus seiner Sicht bereits erfüllt ist. Nun ist der Ständerat an der Reihe.

Impfstoff-Versorgung

Der Bundesrat soll Massnahmen prüfen, um sicherzustellen, dass die Schweiz jederzeit über genügend Impfstoffe verfügt. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 137 zu 44 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Dabei geht es nicht um Impfstoffe gegen das Coronavirus, sondern um alle anderen Impfstoffe. Die Impfstoffversorgung in der Schweiz sei anfällig auf Engpässe, weil die Schweiz vollumfänglich von international tätigen Herstellerfirmen abhängig sei, hiess es zur Begründung. Die Motion geht an den Ständerat.

Häusliche Gewalt

Wer zu Hause Gewalt erlebt, soll sich rund um die Uhr bei einer landesweiten Beratung Hilfe holen können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zwei entsprechende Motionen stillschweigend angenommen. Das Parlament verlangt die 24-Stunden-Beratung sowohl als online als auch als telefonisches Angebot. Die Motionen gehen an den Bundesrat.

Bern, im September 2021
David Zuberbühler